

Bildungspolitik in Mazedonien:

Zwischen Bologna-Reform und politischen Machtkämpfen

Essay zur Makedonien-Exkursion (2013) des Lehrstuhls für Geschichte Südost- und Osteuropas
der Universität Regensburg¹

von Maria Vogt

Das Bildungssystem Makedoniens sowie der gesamten Balkanstaaten ist stark durch die konfliktreichen Auseinandersetzungen beeinflusst worden. Zugleich ist es ein Spiegel für die Werte, auf die sich seine Gesellschaft gründet. Umso wichtiger scheint es danach zu fragen: Welche Rolle spielen Fortschritt und Modernisierung? Welche Stellung nimmt das Land im internationalen Vergleich ein? Gibt es eine politische Orientierung? Gerade Universitäten als tragende intellektuelle Schicht sind wichtige Akteure in diesem Gefüge. Gleichzeitig ist Bildungspolitik ein Feld, das vor allem in multiethnischen Gemeinschaften eine Rolle spielt. Bildung hat direkten Einfluss auf Gesellschaft, Familie und persönliche Lebensumstände.

Brain-Drain und ökonomische Krise

Schon der erste Tag lieferte mit dem Besuch im Auslandsbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung erste Eindrücke über Bildungspolitik, über die ökonomische Situation und Jugendarbeitslosigkeit. Demnach hätten nur 43 Prozent der Bevölkerung ein monatliches Einkommen von über 350 €. Nach Angaben der FES benötigen Jugendliche zudem im Durchschnitt fünfeinhalb Jahre für den Berufseinstieg. Vor allem Absolventen mit Master-Abschlüssen würden kaum eine Beschäftigung finden. Die Folge wäre ein alarmierender Brain-Drain, so ein Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung. Sie suchen ihre Zukunft in Westeuropa oder Amerika. Wenn es aus Sicht der jungen MakedonierInnen eine Perspektive gibt, dann in einem Ökonomie- oder Jurastudium. Sozial- und Geisteswissenschaften sind kaum attraktiv. So hoffen viele junge Menschen auf einen künftigen EU-Beitritt, die damit verbundene Mobilität, den Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt und letztlich einen höheren Lebensstandard. Doch woher rühren das schlechte Abschneiden des makedonischen Bildungssystems und die mangelnden beruflichen Perspektiven?

¹ 19.-27. Mai 2013: <http://www.uni-regensburg.de/philosophie-kunst-geschichte-gesellschaft/geschichte-suedost-osteuropa/exkursionen/makedonien-2013/index.html>.

Exkursionsverlauf

Anlässlich dieser Fragen lag ein Schwerpunkt der Exkursion auf dem Thema Bildungssystem und Bildungspolitik. Neben dem Besuch einer Grundschule in Bitola, die einen Einblick in das allgemeine Schulsystem Makedoniens ermöglichte, war für die Exkursion vor allem das Hochschulsystem von Bedeutung. Der erste Abschnitt der Exkursion: Einer der ersten Termine führte an die Universität „St. Kyrill und Method“ - Skopje. Mit etwa 50.000 Studierenden ist sie die Größte der vier staatlich anerkannten Universitäten. Die 1949 gegründete Einrichtung ist mit ihrem breiten Fächerangebot eine Volluniversität. Einen Kontrast dazu bildet die Southeast-European-University in Tetovo. Sie sollte mit ihrer Gründung im November 2001 einen Versöhnungsgedanken im makedonisch-albanischen Konflikt darstellen. Lehre und Forschung finden in makedonischer, albanischer und englischer Sprache statt. Der Schwerpunkt der fünf Fakultäten liegt vor allem auf den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Am Institut für Nationalgeschichte in Skopje erhielten wir im Gespräch mit Wissenschaftlern und Doktoranden der Einrichtung einen Eindruck über die Bedeutung der Geisteswissenschaften und Forschungslandschaft in Makedonien. LDA, eine NGO im multiethnischen Struga, stand beispielhaft für außerschulische Bildung. Ihr Schwerpunkt liegt auf der Arbeit mit sozialen Randgruppen, aber auch Schülern und Studenten. Dabei versuchen sie durch verschiedenste Angebote soziale Kompetenzen und Demokratiebewusstsein zu fördern.

Das makedonische Bildungssystem gliedert sich in drei Teile. Die verpflichtende Grundschule geht bis zur 9. Klasse. Das anschließende Fachgymnasium mit Abitur bereitet nicht nur auf ein anschließendes Hochschulstudium vor, sondern ermöglicht den Schülern bereits eine erste fachliche Spezialisierung. Ein anschließendes Studium ist auf einer der vier staatlich anerkannten Universitäten oder in einer privaten Einrichtung möglich. Eine Möglichkeit, das Abitur auf dem zweiten Bildungsweg zu absolvieren, gibt es nicht.

Die These, dass Bildungspolitik ein starker politischer Faktor ist und bleibt, bildet die Grundlage für den vorliegenden Essay. Es ist insbesondere in drei Bereichen evident. Erstens als Spielball nationaler und innerethnischer Interessen. Zweitens dient das Thema Bildung als Chance, in den EU-Beitrittsverhandlungen direkten Einfluss auf die Angleichung europäischer Bildungsstandards auszuüben und drittens zur Festigung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Diese drei Aspekte dienen als rudimentäre Gliederung.

Finanzierung und Bedeutung der Bildungspolitik

Das Bildungssystem steht in starker Wechselwirkung mit der instabilen ökonomischen Situation und den interethnischen Beziehungen des Landes. Die Friedrich-Ebert-Stiftung sieht die Gründe vor allem an mangelnder Investition von staatlicher Seite. Vielen Berufs- und Studienrichtungen würde ein altmodisches Image anhaften und zudem gesellschaftlich wenig Anerkennung finden. Obwohl auch makedonische Universitäten gezwungen sind sich internationalen Standards und den Bedürfnissen des Marktes anzupassen, sind viele

Strukturen in Verwaltung und Management noch immer veraltet, zu aufgebläht, zu umständlich. Gleichzeitig ist das Bildungswesen unterfinanziert. Promotionen, vor allem im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften sind nicht attraktiv. Traditionell trägt der akademische Titel noch viel Glanz, wird aber unzureichend bezahlt. Welchen Anreiz sollten Lehrende also haben, sich moderne Methoden der Interaktion und Kommunikation mit Studenten anzueignen?

Sozialistisches Erbe der Bildungs- und Hochschulpolitik

Obwohl das Bildungssystem mit der Gründung des makedonischen Staates transformiert wurde, befindet es sich noch immer in der Entwicklung. Während sich bis 1989 westeuropäische Standards in Lehre und Forschung entwickelten, nahm die Bildungspolitik im heutigen Makedonien einen Verlauf nach sozialistischem Vorbild, was sich besonders im Hochschulwesen nachvollziehen lässt. Im Mittelpunkt des sozialistischen Bildungssystems stand, die ideologische Bindung zum Staat zu festigen. Freies Denken und individuelle Studienprofile widersprachen der Staatsideologie. Der interdisziplinäre Austausch zwischen den Fakultäten war kaum vorhanden. Die wissenschaftliche Ausbildung war möglichst homogen und stand im Dienst der Gesellschaft. Zugleich sollte die Universität der breiten Masse zugänglich sein. Noch immer kennzeichnet sich die makedonische Hochschullandschaft durch starke Hierarchien, sowohl in Verwaltung als auch in der Lehre. Studenten werden kaum in die aktuelle Forschung einbezogen. Im Sinne eines Lehrer-Schüler-Verhältnisses erwarten auch die Studierenden eher eine berufsqualifizierende Ausbildung als einen Raum freien Denkens. Diese enge Verflechtung mit parteipolitischen Interessen blieb damit auch in den 90er Jahren erhalten.

Institut für Nationalgeschichte in Skopje

Für Wissenschaft und Forschung gilt der Anspruch, möglichst losgelöst von politischen Gegebenheiten zu agieren. Aus diesem Grund war auch der Besuch in einem historischen Institut von Interesse. Die Geschichtsschreibung Makedoniens unterlag bis in die 90er Jahre dem starken Einfluss der Nachbarländer Bulgarien und Serbien. „*Neighbours had stolen Macedonian history*“, so der Leiter des Instituts. Mit der Unabhängigkeit des Landes 1991 wuchs auch das Bedürfnis dieses Geschichtsbild zu hinterfragen. Das Institut widmet sich damit der Erforschung der Geschichte des makedonischen Volkes sowie der Entwicklung neuer, identitätsstiftender Narrative. Dabei ist die Geschichtsschreibung sehr stark ethnisch fokussiert. Die zwei albanischen Wissenschaftler des Instituts bilden eher eine Randerscheinung, auch in der Entwicklung des Geschichtsbildes. Eine Zusammenarbeit zwischen makedonischen und albanischen Wissenschaftlern gibt es kaum. Es mangelt an komparativen Studien. Doch spätestens mit den gewaltsamen Auseinandersetzungen und dem Rahmenabkommen von Ohrid 2001 wurde klar, dass Makedonien als multiethnischer Staat auch in der Geschichtsvermittlung entsprechend behandelt werden muss. Das Institut wird

durch den Fonds für Forschung des Parlaments getragen, ist aber chronisch unterfinanziert. Auch im Institut für Nationalgeschichte wurde deutlich, dass Geisteswissenschaften und Staatspolitik noch immer sehr eng miteinander verzahnt sind, sowohl finanziell als auch ideell.

Die Universität als politisches Machtspiel in der Minderheitenfrage

Der Zugang zu Bildungsmöglichkeiten bedeutet auch, Zugang zu ökonomischen Ressourcen und gesellschaftlicher Partizipation zu haben. Aus diesem Grund steht Bildungspolitik auch in einem engen Verhältnis zu den Minderheitenfragen des Landes. Die albanische Universität in Prishtina, die zu jener Zeit für viele albanische Makedonier die einzige Möglichkeit eines Studiums in ihrer Muttersprache darstellte, wurde 1991 geschlossen. Neben dem vorgeschriebenen Unterricht in makedonischer Sprache haben aber Angehörige von Minderheiten das Recht, in ihrer Muttersprache unterrichtet zu werden. Infolge dessen kam es zur illegalen Einrichtung von albanischen Schulen, unter anderem in Tetovo und Struga. Die Gründung einer albanischen Universität im Dezember 1994 in Tetovo stellte die nachdrücklichste Form des Protestes dar und wurde zur Kernfrage des makedonisch-albanischen Konflikts. Welche Zugangschancen haben Angehörige der albanischen Minderheit? Welche Rolle spielen sie in der Gesellschaft? Wie steht es um den Minderheitenschutz? Während die Albaner eine Anerkennung ihrer Abschlüsse sowie staatliche, finanzielle Unterstützung einforderten, bemängelte die Regierung die unzureichende Qualität der Ausbildung. Vor allem aber sahen die ethnischen Makedonier die Gefahr einer Separation der albanischen Gebiete und damit das Auseinanderbrechen des noch jungen Staates. Trotz der Reaktivierung einer albanischen pädagogischen Fakultät nahmen die gewaltsamen Proteste nicht ab. Als der Minderheitenkonflikt schließlich 2001 im ganzen Land zu eskalieren schien, sollte im Zuge des Rahmenabkommens von Ohrid die Gründung der Southeast-European-University in Tetovo ein Versöhnungsprojekt darstellen. Der Konflikt um die albanische Universität symbolisierte aber den tiefen Bruch in der Bevölkerung, der auch mit der Gründung der SEEU nicht beigelegt werden konnte. Die Universität blieb zu klein, um ein flächendeckendes Angebot für albanische Studierende zu schaffen. Schließlich wurde 2004 die „State University of Tetovo“ offiziell anerkannt. Nicht umsonst betonte der Vorsitzende der albanischen Partei BDI Artan Grubibi bei einem Treffen in Tetovo während der Exkursion: *„Our university was established by blood.“* Die Bilanz der zehnjährigen Auseinandersetzung zählte einen Toten und unzählige Verletzte. Noch heute sind Albaner im Bildungswesen unterrepräsentiert.

Bildungsreform und Dezentralisierung

Dezentralisierung ist nicht nur einer der Schlüsselbegriffe des Abkommens von Ohrid 2001. Dabei wurden zahlreiche Kompetenzen des stark zentral regierten Staates an die Kommunen abgetreten. Zugleich wurden Gemeinden neu zugeschnitten, was teilweise zu einer

Umverteilung der ethnischen Verhältnisse führte. Dezentralisierung wurde aber auch zu einem wichtigen Bestandteil der Bildungsreform von 2007, deren Umsetzung wiederum eine Grundvoraussetzung für die Europäische Integration des Landes ist. Von nun an sollen die Kommunen die Verantwortung für die schulische Ausbildung übernehmen. Obwohl der Prozess in mehreren Phasen stattfand, war er eine starke finanzielle und personelle Belastung, er brachte aber auch Unabhängigkeit von den wechselnden regierungspolitischen Interessen Skopjes. Vor allem aber soll es multiethnischen Regionen des Landes die Gestaltung einer minderheitenspezifischen Bildungs- und Schulpolitik ermöglichen. Die Reaktionen sind sehr unterschiedlich. Fühlten sich einige Kommunen mit der Aufgabe überfordert und versuchten Kompetenzen an den Staat zurück zu geben, war es gerade im Interesse der albanischen Gemeinden, Schulen mit einem stark albanischsprachigen Profil anzubieten. In anderen Schulen, wie etwa der Grundschule in Bitola, die ein Programmpunkt der Exkursion war, wurden die Schüler in ethnisch-makedonisch und albanische Klassen unterteilt. Diese Separation zieht sich in einigen Orten bis in die Schulverwaltung.

Während der Unterricht in makedonischer Sprache für albanische Kinder verpflichtend ist, gibt es keine Initiative, dass für makedonische Kinder albanischer Sprachunterricht angeboten wird. Auch auf Nachfrage in der Grundschule in Bitola stieß dieser Vorschlag eher auf verhaltenes Interesse.

Mit der Bildungsreform von 2009 wurden neben den Vorgaben für Dezentralisierung zahlreiche weitere Neuerungen erlassen. Unter anderem wurde die Dauer der allgemeinen Schulpflicht verlängert, die Maßnahmen zur Einhaltung der Schulpflicht verschärft und das Fach Religion (Orthodoxie und Islam) in den Lehrplan aufgenommen. Das Reformprogramm umfasste auch zahlreiche weitere Neuerungen, vor allem im Bereich Berufs- und Erwachsenenbildung. Langzeitarbeitslose sollen in Fortbildungen Zusatzqualifikationen erwerben können, für Jugendliche soll eine Kombination aus Schul- und Berufsausbildung geschaffen werden. Nicht selten scheitern die Initiativen aber an den knappen finanziellen Ressourcen des Bildungsetats.

Bologna-Prozess, Interdisziplinäre Ausrichtung der Bildung

Der Bologna-Prozess dient der Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulraumes. Ziel ist die Vereinheitlichung und Vergleichbarkeit der europäischen Hochschulabschlüsse. Zudem soll damit Mobilität erhöht und die internationale Kooperation zwischen Universitäten gestärkt werden. Makedonien trat 2003 der Bologna-Reform bei. Dabei geht es auch um ein Bekenntnis zu demokratischen und rechtsstaatlichen Standards, die eine Grundvoraussetzung für die akademische Freiheit bilden.

Da die SEEU in Tetovo noch eine sehr junge Universität ist, wurde durch internationale Kooperationen von Beginn an darauf geachtet, ein möglichst modernes Studiensystem einzuführen. Aber auch in Skopje macht sich der Bologna-Prozess bemerkbar. Seit einem Jahr gibt es Wahlmöglichkeiten in den Studiengängen, um die Profile der Studenten

interdisziplinärer und individueller zu gestalten. Makedonien ist Teil des DAAD-Programms „Akademischer Neuaufbau in Südosteuropa“, das die Hochschullandschaft in Makedonien fördern und die Vernetzung mit deutschen Universitäten stärken soll. Der DAAD erlässt dafür u.a. zahlreiche Stipendienprogramme, wie „go East“. Im vergangenen Jahr wurden fast 300 MakedonierInnen in Deutschland gefördert sowie 30 Deutsche nach Makedonien entsandt. Zudem zwingt der Bologna-Prozess die Universitäten, zunehmend eigene und interdisziplinäre Konzepte zu erarbeiten, um Transparenz und internationale Vernetzung zu gewährleisten. Für die makedonischen Universitäten bedeutet es aber auch mehr Unabhängigkeit vom Staat. Schließlich sollen Universitäten auch darin gefördert werden, mehr eigene Profile zu erarbeiten und Interessen gegenüber der staatlichen Politik zum Ausdruck zu bringen. Die erfolgreiche Umsetzung der Reformen kann nicht immer gewährleistet werden. Nicht nur die engen Verflechtungen zwischen Wissenschaft und Politik sowie die Korruption erschweren den Prozess. Wie bereits aufgezeigt wurde, leidet das makedonische Bildungssystem unter seinem sozialistischen Erbe. Verglichen mit alten, traditionellen Universitäten in Westeuropa ist die Hochschullandschaft in Makedonien noch sehr jung und international kaum etabliert. Die Isolation während des Kalten Krieges trug dazu bei. Interdisziplinarität und Individualität sowie eigene, unabhängige Studienprofile stehen in Widerspruch zu einem Studiensystem, das sich über Jahrzehnte festgesetzt hat, sowohl bei Professoren, als auch bei Studenten. Ein positives Gegenbeispiel bietet das Netzwerk der Balkan-Universitäten, das in seiner aktuellen Form im Rahmen der Neuordnung der Balkan-Staaten entstand und den Austausch staatlicher wie privater Universitäten ermöglicht sowie den Bologna-Prozess unterstützt.

Privatisierung für ein besseres Bildungssystem?

Die umfassende Privatisierung und die Einführung marktwirtschaftlicher Gesetze machte auch vor dem Bildungssystem nicht Halt. Die Southeast-European-University in Tetovo war die erste private Universität des Landes. Der Trend ist steigend. Auch bei Gymnasien erhöht sich die Zahl privater Einrichtungen. Private Schulen und Hochschulen bringen mehrere Vorteile. Sie bieten in der Regel eine qualitativ bessere Ausbildung, die nicht am unterfinanzierten Bildungssystem leidet. Sie sind eine Konkurrenz zu staatlichen Einrichtungen. Entscheidend ist, dass sie unabhängig vom Staat und von den wechselnden Interessen der Regierung sind. Doch die Qualität der Ausbildung ist damit vor allem eine Frage der finanziellen Situation. Die SEEU in Tetovo hat dafür eine Lösung gefunden: Sie bietet ein umfangreiches Stipendiatenprogramm an, darunter einerseits Stipendien nach Studienleistung, andererseits Stipendien, die abhängig von der sozialen Situation sind. Zudem ermöglicht sie Studenten den Erlass der Studiengebühren gegen eine Mindestzahl an freiwilligen Arbeitsstunden zugunsten der Universität. Sie zeichnet sich als einzige private Universität mit einem Non-Profit-Profil aus. Doch an persönlicher Bindung und Bereitschaft zu zivilgesellschaftlichem Engagement fehlt es den jungen Menschen aus Sicht des FES-Mitarbeiters, um gleichzeitig wieder auf die Ausgangssituation zurückzuführen: „*If young people have not the future that they expect, what can the land give them?*“ Bildungspolitik ist

und bleibt Aufgabe des Staates. Er ist dafür verantwortlich, junge Menschen zu motivieren, in das eigene Land zu investieren und damit für die wichtigste Ressource des Landes, die eigene Zukunft, Sorge zu tragen.

Resümee

Das Bildungssystem hat in Makedonien nach wie vor eine große Bedeutung. Nachdem die Bildungs- und Hochschullandschaft stark durch die konfliktreichen Auseinandersetzungen der 90er Jahre und die damit verbundene politische Instabilität und ökonomischen Krisen beeinflusst wurde, ist eine der größten Herausforderungen die Etablierung in der internationalen Forschungslandschaft sowie der Aufbau internationaler Netzwerke. Wie die Exkursion zeigte, befindet sich das Bildungssystem noch immer im Aufbau- und Stabilisierungsprozess. Der Bologna-Prozess bietet eine Chance, um das System von veralteten Organisationsstrukturen und zu starkem politischen Einfluss zu befreien. Für die Minderheitenkonflikte bietet es eine nachhaltige Chance, Wissen über die anderen Gemeinschaften zu vermitteln und damit eine Basis stabiler Beziehungen im Land herzustellen. Durch die Trennung der Schüler nach ethnischem Hintergrund kann damit keine gute Grundlage für ein langfristiges und friedliches Miteinander geschaffen werden. Nach wie vor besteht die Gefahr, dass das Bildungswesen politisch stark instrumentalisiert wird. Eingebettet in die EU-Beitrittsverhandlungen bietet sich langfristig die Chance, ein stabiles System zu etablieren, in dem Demokratie und wissenschaftliche Freiheit ihren Platz finden.

Quellen und weiterführende Literatur

„Goce Delcev“ University – Shtip: <http://www.ugd.edu.mk/index.php/en/>, (20.07.2013)

South East European University of Tetovo: <http://www.seeu.edu.mk/>, (20.07.2013).

Ss. Cyril and Methodius University: http://www.ukim.edu.mk/en_index.php, (20.07.2013).

Staatliche Universität Tetovo: <http://www.unite.edu.mk/>, (20.07.2013).

St. Kiment Ohridski University Bitola: <http://www.uklo.edu.mk/categories/view/25>, (20.07.2013).

Auswärtiges Amt:

[http://www.auswaertigesamt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Mazedonien/Kultur UndBildungspolitik_node.html](http://www.auswaertigesamt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Mazedonien/KulturUndBildungspolitik_node.html), (20.07.2013).

Balkan Universities Network Meeting - Balkan Spring Educational Conference,
<http://bsec.trakya.edu.tr/>, (09.05.2013).

Cuckovic, Biljana: The role of leadership and governance in changing institutional behavior: reframing universities in the Balkans,

https://www.duo.uio.no/bitstream/handle/10852/30831/Biljana_Cuckovic_MPhil_in_CIE_Master_Thesis_Final.pdf?sequence=1, (20.07.2013).

DAAD: <https://www.daad.de/laenderinformationen/mazedonien/land/de/6983-hochschul-und-bildungswesen/>, (20.07.2013).

Heppner, Harald: Universität und Umbruch in Ostmittel- und Südosteuropa im 20. Jahrhundert – Eine Standortbestimmung, in: Heppner, Harald/ Schübl, Elmar (Hrsg.): Universitäten in Zeiten des Umbruchs. Fallstudien über das mittlere und östliche Europa im 20. Jahrhundert, Berlin/ Wien 2011, S.1-9.

Pichler, Robert: Geschichtswissenschaft und Bildungspolitik in der Republik Makedonien (1191-2007), in: Brunnbauer, Ulf/ Voss, Christian: Inklusion und Exklusion auf dem Westbalkan, 45. Internationale Hochschulwoche der Südosteuropa-Gesellschaft in Tutzing, 9. - 13.10.2006, München 2008, S.107-129.

Siesby, Erik: Eine albanische Universität in Makedonien, in: Kahl, Thede u.a. (Hrsg.): Die Albaner in der Republik Makedonien. Fakten, Analysen Meinungen zur interethnischen Koexistenz, Berlin/ Wien 2006, S.217-223.

Spasov, Aleksandar/ Treneska-Deskoska, Renata: Language Policy in Macedonia. Achievements and Major Callenges, in: Südosteuropa Mitteilungen, Heft 01 (2012), S.30-45.

Vetterlein, Merle: Bildungspolitik als Schlüssel zur Konfliktlösung in Makedonien,
<http://library.fes.de/pdf-files/id/04270.pdf>, (20.07.2013)